



DER BREMER 0,50 € ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Juli 07/2002

Bericht von der Landesmitgliederkonferenz

Mit einer lebhaften Aussprache diskutierte am 08. Juni die Landesmitgliederkonferenz (LMK) des Bremer VVN-Landesverbandes die Thesen von Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Köln). Möllemanns Versuch, den Antisemitismus in der Mitte hoffähig zu machen, ist für Butterwegge nur ein Zeichen dafür, dass längst schon Vorstellungen und Anschauungen der extremen Rechten in der "Mitte der Gesellschaft" angekommen sind. Vor dem Hintergrund einer Globalisierung der Weltwirtschaft löst die Politik der Zuwanderung (und zugleich Abschreckung unerwünschter Flüchtlinge) zunehmend Ängste bei den potentiellen Opfern dieser neoliberalen Modernisierung aus.

Die exportorientierte Wirtschaft der "Ersten Welt" überschreitet zunehmend nationalstaatliche Begrenzungen. Alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens, soziale, ökologische, kulturelle und politische Beziehungen werden einem unerbittlichen Konkurrenzkampf untergeordnet. Mit Afrika wird ein ganzer Kontinent abgekoppelt von der Teilhabe an diesem globalen Marktkonzept. Durch Meistbegünstigungsklauseln und ähnliche Beschränkungen werden seine Bewohner davon abgehalten, ihre Produkte frei auf dem Weltmarkt verkaufen zu können.

Das spielt sich auf dem Hintergrund eines demographischen Wandels ab, demzufolge die Alterung der Bevölkerung in der "Ersten Welt" zunimmt. Hochqualifizierte Experten werden weltweit abgeworben, die Armutsflüchtlinge rausgehalten. Mit dem Dogma, wir seien kein Einwanderungsland, haben verschiedene Bundesregierungen über Jahrzehnte die Zuwanderung gesteuert. Dieser Konsens ist nun aufgebrochen in einer nie zuvor bekannten Brutalität. Mit der Parole "Kinder statt Inder" oder der hessischen Unterschriftenkampagne gegen die "Doppelte Staatsbürgerschaft" hat die Union der von Zeitschriften wie dem "Spiegel" längst propagierten These vom "Raum ohne Volk" das Wort geredet. Die faschisti-

sche These "das deutsche Volk stirbt aus" ist somit in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Greencard-Regelungen der Bundesregierung oder die Blue-Card Stoibers (Saison- und Wanderarbeiter zu Billiglöhnen ohne jeglichen Rechtsanspruch auf Bleibe) sind die neoliberale Antwort auf Verelendungsprozesse im Süden der Erde. Mit einer verbesserten Familienpolitik sollen strukturelle Defizite geglättet werden.

Mit dem 11. September hat sich eine Kurskorrektur bei der Bestimmung des Feindbilds ergeben: jetzt wird eine "Muslimische Gefahr" für die "Innere Sicherheit" festgestellt. "Terrorismusverdacht" ist der Sack, in den alle Gegner der neoliberalen Modernisierung hineingesteckt werden. In der Aussprache wurde die Entwicklung der Zuwanderung ebenso thematisiert wie der Unterschied zwischen "neoliberaler Modernisierung" und "Globalisierung". Internationale Solidarität ist auf vielfältige Weise notwendig, um neoliberaler Marktbeherrschung entgegenwirken zu können.

Dem Bericht des Landesvorstands zufolge lag der Schwerpunkt der Aktivitäten der Landesorganisation im vergangenen Halbjahr auf der Durchführung von Ausstellungen ("Für Deutschland - gegen Hitler" und "Neofaschismus in der Bundesrepublik" im Februar/März) mit Begleitprogramm und Führungen, sowie in der Unterstützung vielfältiger Friedensaktivitäten gegen den Einsatz der Bundeswehr in aller Welt. Für uns ging es darum deutlich zu machen, dass Regierung und Parlament verpflichtet sind alles zu tun, um das Friedensgebot des Grundgesetzes zu erhalten.

Unsere Erinnerungsarbeit, zuletzt mit einer Erinnerungstafel für die 132 in die Vernichtung verschleppten Sinti und Roma sowie die 267 Toten des KZ-Außenkommandos auf dem Gelände des "Schützenhofs", weist in diese Richtung. In mehreren offenen Briefen haben wir uns deutlich gegen die

Rasterfahndung und verdachtsunabhängige Personenkontrolle gewandt und uns an Innensenator Kuno Böse gewandt, um ihn zu bewegen, humanitäre Erwägungen vor Abschiebungen zu stellen. In der Diskussion wurde deutlich, dass wir uns auch in diesem Herbst wieder klar an die Öffentlichkeit wenden werden, um mit dem Slogan "Keine Stimme für Rechts" unseren Teil dazu beizutragen, den außerparlamentarischen Freiraum für kritisch-solidarische Gedanken offen zu halten, gegen Krieg, gegen Sozialabbau, gegen die Einschränkung demokratischer Grundfreiheiten.

Als überparteiliche Organisation werden wir den Grundkonsens unserer Gesellschaft thematisieren, nicht Empfehlungen für oder wider konkrete Wahlentscheidungen abgeben. Und wir werden klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass für uns das Prinzip internationaler Solidarität gilt, mit dem wir uns auch an der Seite der amerikanischen und der israelischen Friedensbewegung wissen.

Die Landesmitgliederkonferenz wählte mit großer Mehrheit ihre beiden Delegierten zum Bundeskongress im Oktober und ihren Vertreter für den ab Oktober amtierenden Bundesausschuss. Für die "Ziele und Aufgaben" der im Oktober zu verabschiedenden Bundessatzung wurde mit großer Mehrheit eine Reihe von Abänderungsanträgen beschlossen. So soll neben "Nazismus, Antisemitismus und Rassismus" explizit auch der "Militarismus" überwunden werden. Die Bundesrepublik muss "auf jegliche Form von Großmachtstreben und Revanchismus" verzichten. Unsere Vereinigung soll nicht nur die "Erfahrungen der Antihitlerkoalition" bewahren, wofür die Grundlagen im "Potsdamer Abkommen" von 1946 niedergelegt sind, die gesellschaftliche Anerkennung und Entschädigung aller Opfer des NS-Regimes muss auch zu ihrer Rehabilitierung führen.

Raimund Gaebelein

Wie lebt eine 19jährige in Deutschland?

Nasra Sado Tekin ist 19 Jahre alt. Ihr Tag beginnt früh, denn sie ist für ihre schwer kranken Eltern und die jüngeren drei Geschwister zuständig. Sie wollen alle versorgt sein, bevor Nasra das Haus verlassen und zur Schule oder zur Arbeit gehen kann. Die Tage sind lang, denn Kochen, Putzen, Waschen, die Behördengänge mit den Eltern und die zahlreichen Arztbesuche liegen ebenfalls in ihrer Verantwortung.

Seit 1988 lebt die Familie in Bremen. Sie kamen als kurdische Libanesen nach Deutschland, die davor in Beirut wohnten. In den Wirren des Bürgerkrieges kam die Familie zusehends in Bedrängnis, ein Vorgesetzter des Vaters in der Drusenmiliz von Wali Djumblat wurde getötet. Da ihn sein eigener Vater neun Jahre nach seiner Geburt in der Türkei als neugeborenen hatte registrieren lassen, bot es sich an, zunächst in die Türkei einzureisen und für die gesamte Familie türkische Papiere zu beschaffen. Aber dort fand sich keine Perspektive, die Familie wurde im zerstörten kurdischen Dorf Ückvac drangsaliert, geschlagen und gefoltert. Die Mutter, Selma Sado Tekin, hat sich von den Schlägen der Gendarmen nie wirklich erholt und hatte dauerhaft unter Schwindelattacken und Angstzuständen zu leiden. Vater Sado versuchte schließlich, seiner Familie das Überleben zu sichern und machte sich mit seinen Angehörigen auf den Weg nach Deutschland.

Die Familie landete nach verschiedenen Stationen in Deutschland schließlich in Bremen. Doch auch hier ist die Odyssee noch längst nicht zu Ende. Die Behörden stoßen sich daran, dass in den Papieren der Familie der Name Tekin eingetragen ist, während sie sich nach ihrem eigentlichen Namen Sado benennt. Und die Behörden folgern aus der Geschichte der Flucht, Ramazan und Selma Sado Tekin hätten keinen ausreichenden Gründe vorzuweisen, dem Antrag auf Asyl stattzugeben. Eine Abschiebung gilt als zumutbar, wenn die Opfer vor politischer Verfolgung hinreichend sicher sind. Nur die Krankheiten der Familie verhindern eine Abschiebung.

Die Mutter kann sich in den folgenden Jahren von den Strapazen der Verfolgung und Flucht und von der Geburt der jüngsten Kinder nicht erholen, entwickelt ein Gallen- und ein Rückenleiden und hat mit vielfältigen psychosomatischen Beschwerden zu kämpfen und auch die anderen Familienmitglieder sind laufend erkrankt. Die unsichere Situation und die ständige Angst vor einer Abschiebung ins Ungewisse lässt eine dauerhafte Heilung nicht zu. Auch der Vater ist in der Zwischenzeit depressiv erkrankt. Die Kinder, voran Nasra, werden immer stär-

ker in die Pflicht genommen. Im Juni 2000 trifft die Familie ein Schicksalsschlag, der ihr weiteres Leben bestimmen wird. Bei einem Wohnungsbrand kommt einer der Söhne gemeinsam mit seinem eigenen jüngstem Kind, einem zweijährigen Jungen, ums Leben. Als sich eine Beerdigung im Libanon als kaum möglich herausstellt, werden die Toten in die Türkei überführt, um im Land der Vorfäter beerdigt zu werden. Dies nimmt die Behörde zum Anlass, nun erst recht eine Ausweisung der Familie in die Türkei voranzutreiben. Allerdings ist der psychische Gesundheitszustand der Eltern nach diesem erneuten Trauma so desolat, dass trotz nervenärztlicher Behandlung keine Besserung eintritt.

Die Mutter leidet unter extremen Panikattacken und Depressionen, und der Vater gerät trotz entsprechender Medikamente zunehmend in einen Zustand psychotischer Verwirrtheit. Wenn er ohne Aufsicht ist, irrt er ziellos in der Stadt herum und sucht seinen Sohn. Die Tochter Nasra muss ihn intensiv betreuen, sie sorgt dafür, dass der Vater aufsteht, sich anzieht und isst und übernimmt neben ihrem Schulbesuch den Haushalt, dem die verzweifelte Mutter nicht mehr gewachsen ist. Die nächst jün-

gere Tochter kümmert sich um die junge Witwe des ums Leben gekommenen Bruders und die drei überlebenden Kinder und kann Nasra daher nicht unterstützen. Auch die jüngeren Brüder leiden sehr unter der Situation. Vor allem der Jüngste, der auch an Epilepsie erkrankt ist, kann mit der Situation kaum fertig werden.

In dieser Not ist die Angst vor einer Ausweisung allgegenwärtig. Nasra weiss, die Eltern wären niemals imstande, in der Türkei zu überleben. Sie arbeitet fast rund um die Uhr, um das Familienleben aufrecht zu halten, und lebt dabei immer voller Angst vor der Ungewissheit. Mitten in dieser ohnedies kaum erträglichen Situation trifft die Familie ein weiteres Unglück. Auf einer Trauerfeier wird Selma Sado Tekin im Februar 2002 angeschossen und schwer verletzt. Sie erleidet einen Schussbruch am Oberschenkel und ist nicht mehr fähig, sich ohne Hilfe fortzubewegen. Dieses Ereignis erschüttert die Kinder so sehr, dass der jüngste Sohn sich tagelang im Haus versteckt. Nasra ist seine wichtigste Bezugsperson. Aber wie soll sie ihm die Panik nehmen?

Fortsetzung auf Seite 3

"Gerade noch einmal davongekommen..."

...so hieß das Fazit Graeme Akinsons am Ende seines Vortrages am 27. Mai dieses Jahres im DGB-Haus über die antifaschistische Kampagne in den nordenglischen Städten Oldham und Burnley.

Anfang dieses Jahres, so berichtete der Gewerkschafter und Herausgeber des internationalen antifaschistischen Magazins "Searchlight" (= Suchlicht) auf Einladung der Bremer VVN-BdA am 27. Mai im Gewerkschaftshaus den über 40 Besuchern, habe bei den Kommunalwahlen ein Durchmarsch der faschistischen Parteien National Front (NF) und British National Party (BNP) gedroht.

Äußerst plastisch schilderte Atkinson den Zustand Englands außerhalb der "Touristenzone" Londons. Demnach wurden die alten industriellen Kernzonen durch 20 Jahre Thatcher- und Blair-Regierung nahezu vollständig entindustrialisiert und sozial verwüstet. Atkinson zog den Vergleich zu Osteuropa und der DDR nach 1989. Oldham sähe heute aus wie "Bukarest an einem regnerischen Nachmittag."

Auf dieser trostlosen Basis wurden durch einzelne Skandale, die Veröffentlichung fragwürdiger Kriminalitätsstatistiken und

publizistische Hetze der Boulevardpresse im Grunde schwache faschistische Parteien geradezu hochgespült. Diese erhielten in einigen Wahlkreisen bis zu 28% der Stimmen.

Das Zusammenspiel einiger glücklicher Umstände, wie die internationale Empörung über den Erfolg Le Pens bei den französischen Präsidentschaftswahlen und das Umschwenken der Presse auf eine Anti-Nazi-Kampagne (ähnlich wie vor knapp 2 Jahren bei der Bild-Zeitung), habe den sehr wenigen Antifaschisten Oldhams geholfen. Völlig enttäuschend sei hingegen die Zusammenarbeit mit der Labour-Partei, Studentengruppen, jüdischen Gemeinden und insbesondere den Immigranten aus Bangladesch, die die Hauptzielscheibe der mörderischen Hetze der NF bildeten, verlaufen.

Der Anteil der Antifaschisten bestand in intensiver Recherche und einer massiven und inhaltlich aggressiven Flugblattkampagne, die die örtlichen NF-Verantwortlichen als "Diebe, Räuber, Drogendealer und Vergewaltiger" brandmarkten.

Thomas

Gehört die NPD verboten?

Die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat waren sich bei dieser Frage schnell relativ einig: Die NPD muss verboten werden! Nur, dass die Volksvertreter da stehen bleiben. Sicherlich reicht das eine Verbot nicht! Es ist nur ein kleines Mosaiksteinchen. Die DVU, sofern man sie überhaupt als Partei sehen kann, und die REPs gehören als Wahlparteien neben vielen weiteren Gruppierungen ebenfalls verboten. Bei der DVU stelle ich die Frage nach der Erfüllung der Kriterien einer Partei, da sie eine Ein-Mann-Führung, nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam hat.

Jörg Fischer beginnt sein Buch "Das NPD-Verbot" mit einem geschichtlichen Abriss der NPD. Die NPD verdankt ihre Entstehung auch der CDU/CSU, hat die Union doch die Deutsche Partei (DP) mit der Überlassung von drei Wahlkreisen vor dem Untergang gerettet. Die DP war einer der Vorgänger der NPD. Somit wurde auch der Bremer Betonfabrikant, Friedrich Theilen, einer der Väter der Nachkriegsnationalsozialisten. Es mag sein, dass die NPD einmal eine Altherrenriege war, doch sie war immer die Heimat von Alt- und Neofaschisten. Fischer belässt es nicht bei zahnlosen Behauptungen. Er nennt Namen und Verbindungen. Und die kennt er, war er doch selber Funktionär in der NPD und der DVU.

Nicht zuletzt die "Fehler" bei der Zeugenwahl haben gezeigt, dass es auch bei den drei "Parteien" nicht bleiben kann.

Wie lebt eine 19jährige in

Fortsetzung von Seite 2

Sie ist in der Zwischenzeit selbst so erschöpft und von Ängsten gepeinigt, dass eine nervenärztliche Behandlung unumgänglich wird. Trotz alledem strebt sie noch an, probeweise Arbeit zu finden um dem Staat nicht finanziell zur Last zu fallen.

Selbst wenn die Eltern die Möglichkeit hätten, aufgrund ihrer Erkrankungen eine Duldung aus humanitären Gründen zu erwirken, ist Nasras Bleiberecht nicht gesichert. Sie ist volljährig und kann aus Sicht der Behörde allein in die Türkei abgeschoben werden. Dass dann die Familie ohne ihre einzige Betreuungsperson leben müsste, interessiert die Behörde wenig. Was sollen die Eltern und

Es gibt da noch eine "Institution", bei der ein Verschwinden angezeigt ist, unter anderem da *"dessen Auflösung ohne Zweifel ein schwerer Schlag für die rechtsradikale Szene wäre, weil dann ihr größter Arbeit- und Geldgeber auf einmal weg wäre"*, sagt Jörg Fischer. Gemeint ist natürlich der Verfassungsschutz (VS). Er sagt auch klar, dass der VS kein neutrales Gebilde ist, sondern ein politisches Instrument zur Wahrung der Machtverhältnisse. Zu recht spricht er dem VS die Seriosität ab. So zeigt er, dass gerade die VVN-BdA von Beginn an bespitzelt



Demo gegen den Brandanschlag in Bremen-Blumenthal am 25. Mai

und kriminalisiert wurde. Für die "dienstälteste" antifaschistische Organisation ist der "Aufstand zur Anständigkeit" ein uralter Hut und, im Gegensatz zu den etablierten Parteien, ernst gemeint.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der DVU und den Republikanern und zeigt die skandalösen Machenschaften des Herrn Frey und seines Medien-

Geschwister ohne Nasra anfangen? Sie zittert vor Angst, wenn sie sich vorstellt, alleine in die Türkei ausreisen zu müssen. Für sie geht es nur noch darum, hier bleiben zu dürfen und für die Familie sorgen zu können. Es geht für sie nur noch um das Überleben.

Im Fall einer Ausweisung in die Türkei wird sie sich das Leben nehmen.

Wir von der VVN-BdA fordern:

Ein Bleiberecht aus humanitären Gründen für die Ramazan und Selma Sado Tekin sowie für alle Kinder der Familie! Eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung für Nasra Sado Tekin!

Gabriele Heepen

imperiums auf. In dem Teil um die DVU-Parlamentsbilanz liest es sich eher belustigend, wenn Fischer die Kandidatenwahl beschreibt. Manipulierbar und einfältig müssen die Kandidaten sein. Schließlich dürfen sie dem "Führer", Dr. Gerhard Frey, nicht ins "Handwerk pfeuschen". Es müssen u. a. die vorgefertigten Texte verlesen oder Fraktionsgelder nach München umgeleitet werden. Der heutige DVU-Vertreter ist schon lange dabei. Zeugt dies nicht von besonders ausgeprägten, oben beschriebenen "Qualitäten"? Seine Vorgänger waren da teilweise etwas zickiger. Einige traten aus, um wieder einzutreten, gründeten neue Gruppen und wechselten die Zugehörigkeiten wie schmutzige Hemden.

Am 03. Mai fand mit Jörg Fischer im Paradox die letzte der drei Veranstaltungen zum Thema: "Braune Kontinuitäten" statt. Der Raum war proppevoll. Er hat sehr plastisch, ehrlich und mit ausgesprochen sympathischem Witz seinen Werdegang in die neofaschistische Szene rein und den überzeugenden Weg wieder heraus, erzählt.

Jörg Fischer, 1969 im Rheinland geboren, ist Mitarbeiter der "Antifaschistischen Nachrichten", der "Nachrichten gegen Rassismus" und von "quer". Auch im "Rechten Rand" hat er Artikel veröffentlicht. Bei Rowohlt erschien 1999 von ihm der Titel "Ganz rechts", in dem er über seine Zeit in NPD und DVU und seinen Ausstieg aus der rechten Szene berichtet. Danach war er zeitweise in der Altenpflege und als Betriebsrat tätig. Er lebt heute als Journalist in Köln. Neben seiner ausgedehnten Tätigkeit als Referent zum Thema Neofaschismus ist er seit Monaten Dauergast in vielen Talkshows. Er ist Mitglied in der VVN-BdA und PDS.

"Das NPD-Verbot" von Jörg Fischer ist 2001 in Espresso-Verlag Berlin erschienen. Es hat 192 Seiten und kostet 15,90 Euro. (ISBN 3-88520-800-8).

Leider fehlt dem Buch ein Register. Es sind die Verbotsanträge der drei Bundesinstitutionen in wesentlichen Teilen aufgeführt. Im Serviceteil sind unter anderem Literaturhinweise, antifaschistische Organisationen und Recherchedienste aufgeführt.

Gerold

Gutachten und Befunde blieben erhalten

Am 30. Mai wurde in der Oberen Rathaushalle mit einer Lesung des bekannten Journalisten Ernst Klee (Frankfurt/Main) der Psychatriepfer des NS-Reichs gedacht. Anhand einer Fülle von Karrieren bekannter Mediziner, Psychologen, Juristen beschrieb Ernst Klee die Kontinuität in der Besetzung von Lehrstühlen an Universitäten und Gutachtertätigkeiten nach 1945. In seinem neusten Buch "Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945" beleuchtet er das Zustandekommen weitgehend unbekannter Medizin-Verbrechen im Faschismus und ihre Vertuschung nach 1945. Werner Villinger z.B. hatte in Breslau mit seiner Gutachtertätigkeit Behinderte für die Gaskammer selektiert, bezeugte aber bei seiner ersten Vernehmung vor der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft seine Gegnerschaft zum NS-Regime. Unterstützt wurde er dabei durch eine Falschaussage seines Assistenten Helmut Ehrhardt. In den Unterlagen der Witwe Villingers fand Ernst Klee einen Brief, demzufolge er ihr einen *"wahrscheinlichen Vierteljuden zu einer Tasse Kaffee geschickt"* habe. Soviel zum Widerstand Villingers. Nach Erfahrungen mit Briefen von Angehörigen hochbelasteter Personen hatte es sich Ernst Klee zur Aufgabe gemacht, solche Persilscheine kritisch zu hinterfragen und sich anhand von Archivmaterialien und Akten einen eigenen Blick zu verschaffen. Ein Schuldbekennnis auch nur eines NS-Arztes ist ihm bislang nicht bekannt.

Der Tropenmediziner Gerhard Rose hatte Menschenversuche in der Euthanasiever-suchsanstalt Brandenburg durchgeführt, Verlaufsformen von Fleckfieberinfektionen. Dafür wurde er im Nürnberger Ärztoprozess verurteilt, konnte dann aber spätere Zivilprozesse gegen die Opfer seiner Menschenversuche gewinnen, obwohl seine Forschungsunterlagen fortlaufende, z.T. identifizierbare Namen enthalten. Auch die Ethik eines Julius Deussen vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Psychiatrie in München beruhte ausschließlich auf einem biologistischen Weltbild. Zur Belegung seiner Theorien entnahm er gesunden Menschen Organe. Er wurde später Bundeswehr-Standortarzt in Bremen. Konstantin Fink, Leiter des Bremer Diakonissenkrankenhauses, erklärte sich im Herbst 1940 bereit, am Massenmord an Behinderten mitzuwirken. Nach dem Krieg wirkte er bis zu seinem Tode 1949 im Verfassungsausschuss der Bremer Kirchen mit. Der Jurist Hermann Kuron, NSDAP-Mitglied seit 1930, erhielt für seine Schnellverfahren beim Bremer Sondergerichts 6 Jahre Zuchthaus. In seiner Todesanzeige 1991 wird behauptet, er sei seines

Einsatzes für die Gerechtigkeit wegen verfolgt worden. Der Bremer Leiter der NS-Psychiatrie, Walter Kaldewey, wurde nach 1945 Gutachter bei Entschädigungsverfahren. Kurt Boden, verantwortlich für die Hinrichtung der Verteidiger der polnischen Post in Danzig, blieb bis zu seinem Tode unbehelligt. SS-Brigadeführer Erwin Schulz, Gestapochef in Bremen, später Leiter eines Einsatzkommandos in der besetzten Sowjetunion, wurde als mildernder Umstand angerechnet, dass er angeordnet hatte, die Tötungen mit Ernst und würdiger Haltung durchzuführen. Karin Magnussen schließlich rettete ihre beim Kaiser-Wilhelm-Institut gemachten Augenversuche an Sinti und Roma, das Max-Planck-Institut riet ihr allerdings 1950 von einer Veröffentlichung ihrer Erkenntnisse ab.

Schützenhof-Denkmal

Misshandelt

Vor dem französischen Hauptmann André von der Abteilung Aufklärung von Kriegsverbrechen gab Herr Inglein Grohne aus Gröpelingen am 09. November 1945 zu Protokoll:

"Von unserer Wohnung in der Bromberger Straße 131 haben wir von unserer Küche und vom Balkon im ersten Stock eine sehr gute Aussicht auf das frühere KZ Schützenhof. Ich habe sehr oft gesehen, wie die Häftlinge auf sehr rüde Weise misshandelt wurden. Ich kann z.B. bezeugen, dass die Häftlinge bei der Essensausgabe von den Kapos mit der Peitsche geschlagen wurden. Ich kann auch aussagen, dass die Häftlinge einmal recht lange auf den Knien sitzen mussten. Nach einiger Zeit ermüdeten sie und fielen um, wurden aber gezwungen wieder ihre alte Position einzunehmen.

Ich habe auch gesehen, wie die Häftlinge mitten im Winter vollkommen nackt hinaustreten und lange Zeit verharren mussten. Tagsüber arbeiteten sie auf der A.G.Weser. Wenn sie abends zurückkamen, mussten einige von ihnen getragen werden, weil sie nicht mehr gehen konnten. Der Lagerleiter empfing sie unter lauten Beschimpfungen. Die Gefangenen, die ihre Kameraden getragen hatten, mussten sie fallen lassen. Trotz ihrer Schwäche mussten sie lange draußen stehen bleiben und warten bevor sie das Essen holen konnten. Im Grunde war der Zustand aller Häftlinge extrem schlecht und man sah nichts als Skelette. Einmal habe ich gesehen, wie ein Kapo einem Häftling ins Gesicht schlug. Der Häftling fiel zu Boden und erhielt auch noch Fußtritte ins Gesicht. Nachdem er so misshandelt wurde, ließ man ihn liegen. Ein anderes Mal wurde ein Häftling, der

Gutachten und Befunde blieben erhalten, eine Entschädigung für Opfer der NS-Psychiatrie gibt es erst seit wenigen Jahren und das auch nur als Gnadenbeweis über Härtefall-Ausschüsse. Gedankengänge finden aus der Eugenik finden sich in der Genforschung und -technologie wieder, ähnlich wie bei der Rassenhygiene und der pränatalen Diagnostik. Die Max-Planck-Gesellschaft, ehemals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in Berlin-Dahlem verfügt über die notwendigen Forschungsgelder. Nur mit Mühe kann verhindert werden, dass Schulen oder andere Einrichtungen nach Menschen wie Adolf Butenant benannt werden, die trotz ihrer Verbrechen in Auschwitz bis zu ihrem Tode anerkannte und honorire Bürger blieben.

Raimund

von einem Kapo misshandelt worden und umgefallen war, mit Wasser übergossen. Das war sehr grausam, weil es mitten im Winter passierte und sehr kalt war."

Raimund Gaebelein (aus dem frz.)

Sehr bewegend

[...] Wir möchten Ihnen zugleich unsere Anerkennung dafür aussprechen, dass Sie unserer Bitte nachgekommen sind und die Einweihung (der Erinnerungstafel am Schützenhof) am Tag unseres Eintreffens in Gröpelingen durchgeführt haben. Dieser Montag, der 29. April, war der Beginn unserer jährlichen Wallfahrt zum KZ Neuengamme. Die Zeremonie war sehr bewegend in ihrer Schlichtheit, die Ansprachen geprägt von Würde und Respekt angesichts all der in diesem Lager ums Leben gekommenen Häftlinge. Dessen letzte Bestimmung war wahrscheinlich die schrecklichste, die eines KZ.

Nach mehr als 57 Jahren erhielten die Häftlinge endlich ein konkretes Zeichen, das die Erinnerung an die erhält, die hier gelitten haben und die hier gestorben sind unter der Tyrannei des Nazi-Regimes und seiner Schergen ... Ihrer Vereinigung VVN, von der die Initiative dazu ausging, übermittelt unser belgischer Freundeskreis (der politischen Häftlinge und Hinterbliebenen des KZ Neuengamme und seiner Außenlager) im Namen aller Häftlinge des Lagers seine tiefempfundene Dankbarkeit. Wir möchten zugleich dem Vorstand der Bremer Schützengilde unsere Anerkennung dafür aussprechen, dass er es ermöglicht hat, diese Erinnerungstafel auf ihrem Gelände anzubringen [...]

Victor Malbecq

Faschisten in der Bremer Fußballszene

Es gibt Fußballfans und es gibt Hooligans oder kurz Hools. Manchmal sind die auch so "unpolitischen" Hools aber gleichzeitig auch Neonazis. Und wie jede "Kultur" braucht dann auch diese eine eigene Musik. Bremen hat neben richtigen Fußball-Fans auch Hools und "KATEGORIE C". Im eigentlichen Sinne bezeichnet "Kategorie C" im Polizeijargon "Fans" mit hoher Gewaltbereitschaft (Hooligans).

"Politik ist Politik, und Fußball ist Fußball."
Die 1997 gegründete Band "KATEGORIE C" (KC) ist sehr bemüht, dass sie als unpolitische Band zur Begleitung der Prügelexzesse gilt. Sänger bei "KATEGORIE C" ist Hannes Ostendorf. Wie seinem Bruder Hendrik, werden ihm Verbindungen zur mittlerweile verbotenen FAP und NF nachgesagt. Der Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in der Schwachhauser Heerstraße geht auch auf das Ostendorfsche Konto. Er und zwei weitere Täter wurden im Mai 1992 dafür verurteilt. Das Strafmaß belief sich auf einem Jahr und neuen Monat; allerdings mal wieder zur Bewährung (zweieinhalb Jahre) und je 20 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Die Gewaltbereitschaft, die in der Band vorherrscht, macht die Beschreibung der Bandgeschichte auf den eigenen Internetseiten und in RockNord (Heft 78/79) deutlich. Dort heißt es bei der Suche nach einem Schlagzeuger: "... er passt wie die Faust aufs Auge ... Stadtbekanntes Hooligan und immer gewaltbereit, das war das, was uns noch gefehlt hatte. ..." Im Interview in dem NS-Musik-Magazin fiel auch der geistreiche Satz vom "KATEGORIE C": "Manchmal ist Gewalt die einzige Lösung, danach kann man sich ja immer noch unterhalten. Wir sind halt ganz normale Menschen mit einer etwas anderen Freizeitbeschäftigung."

Auf einem Konzert im Mai letzten Jahres traten neben der Bremer Naziband auch ungarische "Größen" auf (B&H-Band "ARCHIVUM"). Der tschechischen Band "JUDENMORD", wurde die Einreise verweigert. Der "Tatsachenbericht" von MOLL beschreibt den Auftritt von "Kategorie C" wie folgt: "Die Band "KATEGORIE C" betrat (...) die (...) - Showfläche und ließ es aus den Boxentürmen krachen, dass der ganze Konzertsaal erbebte. (...) Das Lied "Dritte Halbzeit" brachte die Menge zum Toben und war neben vielen anderen Songs ein absoluter Hammer." "Dritte Halbzeit" ist das Synonym für die Schlägereien der Hools nach einem Fußballspiel. Gleichzeitig offenbart der "Autor" der Sätze seine "verminderte Schuldfähigkeit": "Während der Rückfahrt musste ich mich auf einem Mc Donalds Parkplatz nach alter Tradition heftig übergeben." Besucher, die keine Nazis sind,

stören diese kaum. Anmerkungen wie: "dann besuch nicht die Konzerte" oder "solange es untereinander keinen Streß gibt" sind typische Reaktionen auf kritische Bemerkungen. Mindestens zwei Mitglieder von KC spielen auch in weiteren neonazistischen Bands wie BOOTS BROTHERS und der Blood & Honour-Vorzeigeband NAHKAMPF. Das und der Umstand, dass die Band auf dem Sampler "Die Deutschen kommen II", einer indizierten Musiksammlung, vertreten sind, zeigt schon deutlich die Zugehörigkeit zur neofaschistischen Szene. Auch Gruppen wie Landser, Stahlgewitter und Nahkampf steuerten neben der Hool-Band Stücke bei. Passend dazu war der Auftritt Ende März auf einer Party zum 20. Geburtstag des Dortmunder Pendants, der Neonazi-Hooltruppe "BORUSSENFRONT" um Siegfried "SS-Sigi" Borchardt. Dort feierten am wenigsten irgendwelche Hooligans. Ein Konzertbesucher beklagt sich in einem Internetforum: "Ich kam mir eher auf 'nem NPD-Parteitag vor als auf 'ner Hool-Party."

Fast wäre der Fascho-Band ein Clou gelungen. Anfang Februar diesen Jahres sollte "KATEGORIE C" als Vorgruppe für "BIOHAZARD", einer New Yorker Crossover-Band, spielen. Ein riesengroßes Publikum wäre KC sichergewesen. Dies konnte nur aufgrund des Eingreifens der Antifa-Seite verhindert werden. Offiziell wurde ein Bandmitglied krank.

Die Band-Auftritte werden fürchterlich konspirativ organisiert: "Treffen ist auf Parkplatz am Ostkurvensaal des Weserstadion zwischen 16 und 18 Uhr. Dort erhaltet Ihr genauere Infos zum Veranstaltungsort. Ein Vorverkauf von Eintrittskarten findet nicht statt! Alle Infos auch

immer aktuell unter: 0178-... Über diese Nummer werdet Ihr über evtl. Verlegungen oder andere Änderungen immer aktuell informiert..." Diese Heimlichtuerei erinnert doch sehr an die Einladungen, die Herr Frey verschickt, um seiner Pseudo-Partei das "Besondere" zu verpassen.

Das neueste Bremer Projekt ist "Adrenalin". Zusammen mit Jens Brand (Deutschlands älteste Neonaziband "ENDSTUFE", Bremen) und Frank Tempel (früher bei "BOOTS BROTHERS" aus Delmenhorst) veröffentlichte "KATEGORIE C" die CD "Boot Boys Bremen". Viel Qualität ist nicht zu erwarten.

Nicht nur die Band verdient mit dem Nazimüll viel Geld, sondern auch die Deutsche Bank 24 in Bremen. "KATEGORIE C" hat ihr Konto dort. (Konto 1814.... - BLZ 29070024)

Gerold

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“
Roman Herzog, Alt-Bundespräsident

„Durch Deutschland muss ein Linksruck gehen.“
Joachim Fischer, Künstler und Friedensfreund

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Geschichtsforschung
- Erinnerungsarbeit

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Geb.-Datum _____
Bremen, den _____
Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Braune Kontinuitäten - Stille Hilfe

Am 25. April war im Paradox die zweite der drei Veranstaltungen zum Thema: "Braune Kontinuitäten". Sie war mit ca. 60 Teilnehmern gut besucht. Andrea Röpke und Michael Quelle referierten über die "Stille Hilfe für braune Kameraden". Der Ende 1951 gegründete gemeinnützige Verein zog Mitte 1976 die "Stille Hilfe" nach Bremen-Osterholz (Große Vieren), ins "Wohnzimmer" von Ernst-August Meyer um sich dann 13 Jahre später im Zentrum von Rotenburg/Wümme (Große Straße) einzunisten. Heute ist der Sitz in Wuppertal.

Über vierzig Jahre hatte die "Stille Hilfe" ein relativ ruhiges Dasein, bis 1993. Denn da machte Michael Quelle, damals noch VVN-BdA-Rotenburg seine mühevoll zusammengetragenen Informationen mit Hilfe der Rotenburger Jusos öffentlich. Oft genug hatte die Rotenburger Presse kein Interesse an dem NS-Verein gezeigt. Waren doch fast alle irgendwie mit ihm oder seinen Vertretern verbandelt. Erst als eine große israelische Zeitung aufmerksam gemacht worden war, interessierte sich auch Rotenburgs Presse für die "Stille Hilfe". Doch nicht die Ideologie war ausschlaggebend, sondern die Angst, der "Standort Rotenburg" können dadurch lädiert sein. Die Jusos fragten in Hannover an, inwieweit eine Nazi-Gruppierung "gemeinnützig" sein könne. Auch Siegfried Vergins (SPD) startete eine Anfrage im Bundestag und erschütterte dort die Unionsruhe. Jürgen Echternach (CDU) antwortete gespielt gelangweilt und Eduard Lintner (CSU) ebenso abwiegelnd. Dennoch wurde der "Stillen Hilfe" 1993 mitgeteilt, dass sie rückwirkend ab 1990 die Gemeinnützigkeit verloren hatte. Dadurch ging dem Ex-Verein eine schon sicher geglaubte dicke Erbschaft verloren. Tragende Figur ist neben Gudrun Herr und Aldelheit Krug (†) die Himmlertochter Gudrun "Püppi" Burwitz.

Andrea Röpke hat zusammen mit Oliver Schröm das Buch "Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis" (siehe BAF September 2001) geschrieben.

Der Rote Faden, der sich durch das Buch hindurch zieht, ist das Schicksal des Großvaters von Peter Finkelgruen: Er wurde im KZ Theresienstadt, der kleinen Festung, von Anton Malloth brutal erschlagen. Nur durch einen reinen Zufall erfährt Peter Finkelgruen, dass Malloth auch der "Schlächter von Theresienstadt" oder "der schöne Toni" genannt, einen sorgenfreien "unbescholtenen" Lebensabend in Pullach bei München verbringt. Die Heimkosten, trotz eines Mietshauses in Meran, hat das Sozialamt übernommen. Für Finkelgruen beginnt ein jahrelanger Streit um Gerechtigkeit. Als Hemmschuh erweist sich in erster Linie der ignorante Dortmunder Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, der eine Anklage offenbar bewusst vereitelte. Obwohl ein Haftbefehl gegen Malloth vorlag, erklärte Schacht

einem Bozener Kollegen, der den "Schlächter von Theresienstadt" aufgegriffen hatte, "daß ein Haftbefehl gegen Malloth nicht vorliege (...) da ein dringender Tatverdacht nicht bestehe."

Nach Einschätzung der beiden Referenten, hat die "Stillen Hilfe", eine der dienstältesten Nazi-Organisationen, ihre Aufgaben weitestgehend erledigt und nimmt personell und an Bedeutung ab. In der Naziszene wird der Wert der "Stillen Hilfe" hoch angesetzt. Die ideologische Staffelübergabe hat längst stattgefunden, so übernehmen heute andere Organisationen wie die "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) Teile der Aufgaben. Exemplarisch am Beispiel der "Stillen Hilfe" lässt sich die enge Zusammenarbeit zwischen Alt- und Jungnazis und das über Jahrzehnte hinweg ungehinderte rechtsextreme Wirken in der Bundesrepublik bestens aufzeigen.

Gerold

Bunker Valentin

Zum 57. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, fand am 5. Mai 2002 im Bunker Valentin in Bremen-Farge ein musikalisch-szenisches Konzert nach Texten der ehemaligen Zwangsarbeiter André Migdal, aus Frankreich und Klaas Touber aus Holland statt. Mitarbeiter der „Internationalen Friedensschule Bremen“ im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack hatten die Veranstaltung organisiert. Dem Anfang des Jahres verstorbenen Rainer Habel wurde der „Franco Pasarelli“-Friedenspreis postum verliehen. Ewald Hanstein, Vertreter der in Bremen lebenden Sinti und Roma, ist der zweite Preisträger. Mitwirkende Künstler waren das „Jugend-Symphonie-Orches-

ter“ von Bremen-Nord, der „Camerata Instrumentale“ unter der Leitung von Christiane Schwarz, sowie das „Kinder- und Jugendensemble“ „SADANKO“ Berlin und der gemischte Chor „TonArt“ aus Bremen Blumenthal, sowie weitere Gäste aus dem Ausland. Der Bunkerkoloss aus meterdickem Stahl und Beton wurde für den Bau von U-Booten während des II. Weltkriegs errichtet. Der Verein „Geschichtsforschung um den Bunker und die Lagerstraße“ hat sich seit einigen Jahren zur Aufgabe gestellt, die entsetzliche Entstehung des Bunker Valentin deutlicher als bisher in Erinnerung zu rufen. Die Geschichte dieses Bunkers dürfte für Schulen und ganz besonders für Politiker von großer Bedeutung sein. Er, der Bunker, ist ein deutlich mahnendes Beispiel für die Politik von Gewalt und Krieg. Leider wird von verantwortlichen Regierungspolitikern zu wenig davon Gebrauch gemacht. Ist ihnen die Erinnerung an dieses Kriegsungeheuer zur Durchsetzung ihrer gegenwärtigen Politik im Wege?

Alois Engel

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend
Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-611262 (Willy Hundertmark) oder 0421-6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich Montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

www.vvn-bda.de